

Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Luftrettung in Westmittelfranken: Folgen der geplanten Standortverlegung vom Flughafen Nürnberg nach Roth klären

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, vor der geplanten Standortverlegung des Rettungshubschraubers „Christoph Nürnberg“ vom Flughafen Nürnberg nach Roth noch offene Fragen zu klären und darüber im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit zu berichten.

Dabei sind insbesondere folgende Fragen zu klären:

- Um wie viele Minuten verlängert sich die Flugzeit, wenn der Rettungshubschrauber nicht in Westmittelfranken bzw. in den Landkreisen Donauwörth, Weißenburg-Gunzenhausen oder Ansbach stationiert ist?
- Entspricht diese Rettungszeit noch den vorgegebenen Rettungszeiten in Bayern?
- Welche negativen Auswirkungen sind durch die unnötig verlängerten Rettungswege und -zeiten auf den Gesundheitszustand der Patienten und Patientinnen zu befürchten?
- In welche Klinik werden die Patienten und Patientinnen wohl vorwiegend geflogen, wenn der Rettungshubschrauber in Roth stationiert wird?
- Welche sachlichen Gründe sprechen dafür, den Empfehlungen des Fachgutachtens nicht nachzukommen?

Begründung:

Laut einem Gutachten des Instituts für Notfallmedizin und Medizinmanagement am Klinikum der Universität München ist die Region Westmittelfranken in puncto Luftrettung deutlich unterversorgt.

Vor der nun geplanten Verlegung des Rettungshubschraubers „Christoph Nürnberg“ vom Flughafen Nürnberg nach Roth muss daher geklärt werden, dass sich die Situation in dieser Region nicht noch weiter verschlechtert, die Region weiterhin ein „weißer“ Fleck in Bayern bleibt und keine gleichwertigen Lebensverhältnisse im gesamten Freistaat angestrebt werden.